



Polen – Pressespiegel 1/2026 vom 1.01.2026

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Adam Michnik: „Die hoffnungslosen Momente unserer Geschichte dauern nicht ewig.“
- Ein Festival der EU-Feigheit
- Kaczyńskis Pakt mit dem Teufel
- Die Unterstützung für den Polesxit wächst. Eine neue Umfrage liefert alarmierende Ergebnisse
- Putin hämmert an der Tür, aber Kosiniak kämpft gegen LGBT
- Die Russen weigern sich, das Konsulat in Danzig zu verlassen. Sie sind nun schutzlos

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Adam Michnik:

„Die hoffnungslosen Momente unserer Geschichte dauern nicht ewig.“



Quelle: Krzysztof Zatycki / Agencja Wyborcza

2

Von Roman Imielski

Adam Michnik sagt oft, dass es in der heutigen Welt am einfachsten sei, Pessimist zu sein. Deshalb ist er Optimist – und zwar ein kämpferischer. Und deshalb hat er die Fundacja Demokracja gegründet.

„Lasst uns unsere Arbeit machen und sie gut machen“, argumentierte der Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ vor einigen Wochen bei einer Versammlung an der Historischen Fakultät der Universität Warschau. Anlass war die Veröffentlichung des Buches „Obywatel Michnik. Myśl polityczna Adama Michnika“ [„Bürger Michnik. Das politische Denken Adam Michniks“] von Michał Siermiński und Przemysław Witkowski.

„Ich habe das Gefühl, dass die Dinge nicht gut ausgehen werden. Wir stehen vor einer neuen Art von Faschismus; ein normaler Dialog ist heute unmöglich. Weder Putin noch Trump sind dialogbereit“, warnte er außerdem.

„Demokratie hat die Eigenschaft, ihre Feinde zu tolerieren. Ich habe kein Patentrezept für die Zukunft der Demokratie. Aber ich erinnere mich an die hoffnungslosen Momente unserer Geschichte und weiß, dass sie nicht ewig dauern. Lasst uns unsere Arbeit machen und sie gut machen“, wiederholte er.

Adam „will etwas tun“. Er gründete die Fundacja Demokracja, die am Samstag, dem 20. Dezember, offiziell ihre Arbeit aufnimmt. Es lohnt sich, ihre satzungsmäßigen Ziele aufzulisten:

- Unterstützung demokratischer Werte und Institutionen;
- Aktivitäten zur europäischen Integration und zur Unabhängigkeit der Ukraine sowie zu demokratischen Veränderungen in Russland und anderen Ländern des ehemaligen Sowjetblocks;
- Förderung und Schutz der Freiheiten, Menschenrechte und bürgerlichen Unabhängigkeit;
- Unterstützung und Schutz der Meinungsfreiheit und der freien öffentlichen Debatte, einschließlich einer unabhängigen Presse;
- Unterstützung und Weiterentwicklung des Journalismus und Bekämpfung von Desinformation;
- die Entwicklung und Verbreitung der polnischen Kultur und der Schutz ihres Erbes, einschließlich der Pflege des Vermächtnisses von Adam Michnik und anderer Schöpfer der polnischen Kultur sowie der Unterstützung des Literaturpreises NIKE.

Denn die heutige Welt erfordert einen ständigen Kampf für die liberale Demokratie und ihre Grundwerte. Populisten gewinnen überall an Stärke; in unserem Land erreichen PiS, Konfederacja und die Gruppe um Grzegorz Braun zusammen in Umfragen fast 50 Prozent Zustimmung.

Viktor Orbán könnte im kommenden Frühjahr in Ungarn die Macht verlieren, doch in seinen zwölf Jahren an der Macht hat er sein Land in eine korrupte Oligarchie verwandelt. Robert Ficos Slowakei steuert in eine ähnliche Richtung, wobei die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) in einigen Umfragen vorn liegt.

Donald Trump hat sich in Washington mit einem Team niedergelassen, das versucht, so viele Sicherungen wie möglich aus dem amerikanischen demokratischen System zu entfernen und die Europäische Union von innen heraus zu zerstören.

Die Liste könnte fortgesetzt werden. Unser Platz in einem gemeinsamen und vereinten Europa ist alles andere als gesichert, ebenso wenig wie das Überleben des wichtigsten Projekts in der Geschichte unseres Kontinents. Jüngste Umfragen zeigen, dass bereits jeder vierte polnische Bürger mit dem Gedanken an einen Poxexit spielt, und die zuvor erwähnten antieuropäischen Populisten sowie der euroskeptische Präsident Karol Nawrocki nutzen diese Stimmung aus .

Und dann ist da noch der Krieg, der große Krieg jenseits unserer Ostgrenze. Wir bei „Wyborcza“ haben stets die westliche, demokratische Ausrichtung der ehemaligen Sowjetrepubliken unterstützt. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 sind wir überzeugt, dass nur eine starke, unabhängige Ukraine, Belarus, Litauen, Lettland und Estland, die alle der Europäischen Gemeinschaft angehören, garantieren können, dass der russische Imperialismus nicht wiederkehrt. Sie sind daher Garanten unserer Sicherheit, ebenso wie ein unabhängiges, starkes und demokratisches Georgien und Armenien.

Belarus hingegen hat sich zu einem kontinentalen Freilichtmuseum entwickelt, das seit über 30 Jahren brutal vom Diktator Lukaschenko regiert wird. Unser Freund und Korrespondent Andrzej Poczobut, der vor über vier Jahren aufgrund absurder Extremismusvorwürfe inhaftiert wurde, hat dies auf dramatische Weise erfahren.

In Georgien gewinnen prorussische Kräfte die Parlamentswahlen und wenden das Land von seinem prowestlichen Kurs ab, indem sie Bürgerproteste unterdrücken und die Opposition verfolgen.

Putins Russland hat sich als korrupter Koloss erwiesen, aber auch als würdiger Nachfolger des zaristischen und sowjetischen Imperialismus. Der Einmarsch in die Ukraine 2014 und die geplante großangelegte Invasion 2022 bestätigten dies nur. Doch wie wir bei „Wyborcza“ immer wieder betonen, ist

Russland nicht nur Putin, sondern auch Alexei Nawalny, der in einem Arbeitslager gefoltert wurde, Wladimir Kara-Mursa und mutige Journalisten unabhängiger Medien wie Meduza. Sicher, sie haben keine Regierung mit moralischer Integrität hinter sich, aber sie geben Hoffnung für die Zukunft.

Auch die Meinungsfreiheit ist bedroht. Und zwar nicht nur durch Politiker, die bekanntlich nie mit denen befreundet sind, deren Aufgabe es ist, sie zu kontrollieren. Große Technologiekonzerne und ihre Social-Media-Plattformen haben sich zu Verbreitern von Desinformation und Lügen entwickelt, wie es sie in der Weltgeschichte noch nie gegeben hat. Ihre Algorithmen befeuern die Polarisierung der Gesellschaft, verstärken Extremismus und diverse Verschwörungstheorien, die die Grundwerte der liberalen Demokratie untergraben.

Der authentische Journalismus wird in die Enge getrieben, und digitale Konzerne rauben uns unsere Arbeit. Je schwächer die traditionellen Medien, desto schwächer die Kontrolle über die Machthabenden und desto schwächer die Demokratie.

In einer solchen Welt ist es leicht, Pessimist zu sein. Doch wie Adam oft betont, ist er Optimist, was natürlich schwieriger ist. Erinnern wir uns an die Begründung für die Verleihung des renommierten Prinzessin-von-Asturien-Preises im Jahr 2022: „Michniks Kampf für Menschenrechte und Dialog brachte ihn unter dem polnischen kommunistischen Regime ins Gefängnis, doch trotz allem gab er seinen Widerstand gegen die Diktatur und sein Streben nach Versöhnung unter den Polen nie auf.“

Michnik, dessen Europaverständnis zur Festigung demokratischer Werte in seinem Land beitrug, ist heute ein Symbol für Meinungsfreiheit und Humanismus. Ein Beispiel dafür, wie man autoritären Bedrohungen ethisch gewachsen sein kann.

Adam selbst definierte bereits 1981 das Ideal eines Polens der „Solidarność“: „Ein selbstverwaltetes, tolerantes, vielfältiges Polen, gegründet auf christlichen Werten, sozial gerecht, ein Polen, das seinen Nachbarn freundlich gesinnt ist, ein Polen, das zu Kompromissen und Mäßigung, zu Realismus und echter Partnerschaft fähig ist, aber unfähig zur Sklaverei, unfähig zur spirituellen Unterwerfung, unmöglich zur spirituellen Versklavung. Ein Polen voller Konflikte, wie sie für moderne Gesellschaften normal sind, aber durchdrungen vom Prinzip der Solidarität. Ein Polen, in dem Intellektuelle verfolgte Arbeiter verteidigen und Arbeiterstreiks die Freiheit der Kultur fordern. Ein Polen, das mit Pathos und Spott von sich selbst spricht; das so oft erobert, aber nie besiegt, so oft geschlagen, aber nie bezwungen wurde. Ein Polen, das heute seine Identität, seine Sprache, sein Gesicht zurückgewonnen hat ...“ [„Der Novemberaufstand – Polnische Fragen“, veröffentlicht in: „Polnische Fragen“].

Als er dies schrieb, hatte er bereits mehrere Jahre in einem kommunistischen Gefängnis verbracht, erlebte aber gleichzeitig das Fest der Solidarność-Bewegung. Wie er später betonte: „Das ist die Dritte Republik, von der ich 1981 geträumt habe, und das ist das Polen, für das ich mich nach 1989 eingesetzt habe.“

Vielleicht rührt daher der heutige Optimismus? Schließlich hätte 1981 kein vernünftiger Mensch auch nur erahnen können, dass wenige Jahre später Wahlen stattfinden würden, die das Gesicht unseres Landes und des gesamten Ostblocks verändern würden. Dass 1991 die Sowjetunion, dieses Staatengefängnis, fallen würde. Dass eine Welle beispielloser Hoffnung und demokratischer Veränderungen sich über die Welt ausbreiten und Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“ verkünden würde.

Nicht alles lief so, wie wir es uns gewünscht hätten. Aber wir dürfen nicht aufgeben, in Stagnation und Gleichgültigkeit verfallen und annehmen, dass es eben so ist und dass man nichts daran ändern kann.

Bei „Gazeta Wyborcza“ wissen wir, dass wir kämpfen müssen, und Adam ist das Symbol und der Garant dieses Kampfes. Daher die Demokratie-Stiftung, denn die Demokratie kann sich nicht selbst verteidigen.

Zsfg.: JP

www.mleczko.pl



Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Ein Festival der EU-Feigheit



Quelle: [NICOLAS ECONOMOU AFP](#)

Von **Jarosław Kuisz**

Russland bleibt für die Auslösung des Krieges finanziell ungestraft. Und wir Europäer werden für die Feigheit der einen und die Russophilie der anderen bezahlen. Einer der größten politischen Skandale wird unter den Teppich gekehrt.

Es ist schon bemerkenswert, wie grundlegende politische Entscheidungen für uns unbemerkt bleiben. Politiker streiten sich über den Inhalt von Posts. Journalisten zerlegen die Wortgefechte im Sejm in ihre Einzelteile. Die wahre Hierarchie der Dinge bleibt dabei jedoch im Hintergrund. Manchmal hat man den Eindruck, dass dies daran liegt, dass unsere politische Klasse nicht in der Lage ist, die Spreu vom Weizen zu trennen. Was dafür ausschlaggebend ist, mangelnde intellektuelle Kompetenz oder Faulheit, spielt aus Sicht der polnischen Staatsräson im 21. Jahrhundert letztlich keine Rolle.

Vor einigen Tagen sollte Europa eine wichtige Entscheidung über die Finanzierung der Hilfe für die kämpfende Ukraine treffen. Seit Februar 2022 herrscht dort Krieg in vollem Umfang. Präsident Putins Träume von einer Großmacht haben Unsummen verschlungen. Jeden Tag sterben Menschen. Daher lag schon seit Langem ein Vorschlag auf dem Tisch, die im Westen eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu verwenden.

Jeden Tag verändert Russland die internationale Ordnung, verstößt gegen Konventionen, Menschenrechte und menschliche Anständigkeit. Es scheint daher normal, finanziell zurückzuschlagen und im Namen des Alten Kontinents dem Kreml hart auf die Finger zu klopfen. Viele Tage lang herrschte ein Nervenkrieg.

Politiker legten Rechtsgutachten vor, aus denen „klar hervorgeht“, dass der Vorschlag, eingefrorene russische Vermögenswerte zu verwenden, rechtmäßig ist. Andere wiederum argumentierten, dass dies rechtswidrig sei. Entgegen dem Anschein bedeutet dies nicht Chaos. Es bedeutet, dass wir es mit einer politischen Entscheidung zu tun haben. Das wiederum erfordert, Verantwortung zu übernehmen und ein Mindestmaß an Mut zu zeigen.

Ein Festival der EU-Feigheit

Und dann begann ein Festival der Feigheit. Der bekannte Russophile Viktor Orbán sandte eine unterwürfige Bitte an den Kreml. Darin fragte er in unterwürfigem Ton, ob die Inanspruchnahme von „Finanz-Tiefkühlkost“ made in Russia Vladimir Putin nicht beleidigen würde. Aus Washington ertönten drohende, warnende Gerüchte, die uns daran erinnerten, dass die USA zu Beginn des Jahres in der UNO einstimmig mit Russland, Weißrussland und Nordkorea gestimmt hatten (falls jemand das vergessen haben sollte).

Später begann fast ganz Belgien, das ohnehin schon am Rande des Zusammenbruchs steht, aus Angst vor russischen Vergeltungsmaßnahmen zu zittern. Es genüchten vage Äußerungen aus dem Kreml, um eine Vielzahl von Politikern in Europa buchstäblich vor Angst sterben zu lassen. Es ist nicht ganz klar, wovor. Vielleicht vor Anstand und Menschenrechten?

Wieder einmal wurden wir mit einer Lawine von Meinungen überschüttet, dass russische Vermögenswerte nicht freigegeben werden dürfen. Ganz so, als wolle jemand mit Paragrafen auf mit Sprengstoff gefüllte Drohnen werfen. Erbärmlich.

Und dann verbreitete sich die Nachricht, dass die Europäische Union – also wir! – lieber Schulden macht, als Russland zu bestrafen. Verstehen Sie das bitte ganz genau: Für den Ausbruch des Krieges und Hunderttausende Opfer sollen WIR bezahlen.

Scham über den Sieg

90 Milliarden Euro werden nach Kiew fließen. Um von der fehlenden Bestrafung Moskaus für die Auslösung eines unrechtmäßigen Krieges abzulenken, begann man, Sand in die Augen zu streuen. Die schändliche Entscheidung Europas wurde als „Sieg der Diplomatie“ verkündet. Die finanzielle Toleranz gegenüber russischem Banditentum wurde als „Sieg der Rechtsstaatlichkeit“ (sic!) bezeichnet. Feigheit erwies sich als „gesunder Menschenverstand“. Und so weiter – bis hin zu Heuchelei der Extraklasse – 90 Milliarden Euro wurden nicht als europäische Steuer, sondern als ukrainische Schulden bezeichnet.

Was glauben Sie, wer wird diese 90 Milliarden Euro bezahlen? Sicherlich nicht die Ukraine, die ständig blutet und finanziell kaum noch atmet. Die Sache ist so gedacht, dass – wie bei der Pandemie – zunächst im Namen der Europäischen Union Schulden gemacht werden und dann ... Und dann wird man sehen. Letztendlich muss diese Schuld irgendwann zurückgezahlt werden, was uns zu den Steuern führt.

Die größten Nettozahler wie Deutschland und Frankreich haben es satt, Geld für andere auszugeben. Auch wenn dies wirtschaftlich gesehen nicht stimmt, weht politisch gesehen ein Wind in Richtung „Jeder kümmert sich ums eigene Sein, dann ist auch der Himmel dein“. Ob zu Recht oder zu Unrecht, der nationale Egoismus, der übrigens vom Kreml und Washington angeheizt wird, wird wie ein Ballon in die Höhe steigen.

Es ist daher vernünftig anzunehmen, dass die Verschiebung großer Schulden in die Zukunft – paradoxerweise – zum Zeitpunkt der Rückzahlung zu Streitigkeiten führen könnte, die die Europäische Union zusätzlich destabilisieren würden. Wer weiß, vielleicht ist eine der Möglichkeiten, uns auf dem alten Kontinent zu entzweien, die Ermutigung, immer mehr Schulden zu machen? Neue Steuern werden sicherlich nicht zur Attraktivität Europas beitragen.

So oder so bleibt Russland finanziell straffrei. Und wir Europäer werden für die Feigheit der einen und die Russophilie der anderen bezahlen.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-festiwal-unijnego-tchorzostwa,nld,22502547>

Die Unterstützung für den Polexit wächst. Eine neue Umfrage liefert alarmierende Ergebnisse



Quelle: [WOJTEK RADWANSKI/AFP/East News](#)

Von **Laura Młodochowska**

Laut einer aktuellen Umfrage von IBRIS im Auftrag von Wirtualna Polska befürworten 24,7 % der Befragten einen Austritt Polens aus der Europäischen Union. 65,7 % lehnen den Austritt ab, während 9,6 % der Befragten keine Meinung dazu haben.

Neue Umfrage: Jeder vierte Pole will die Europäische Union verlassen

Die Umfrage fragte, ob Polen den Austrittsprozess aus der Europäischen Union bald einleiten sollte. Die Ergebnisse wurden am Montag von der WP veröffentlicht. Demnach **antworteten 48,6 % der Befragten mit „definitiv nein“** und weitere 17,1 % mit „eher nein“. Insgesamt sprechen sich 65,7 % der Befragten gegen einen Austritt aus der Europäischen Union aus.

Die Antwort „eher ja“ wurde von 13,1 % und „definitiv ja“ von 11,6 % gewählt. **Insgesamt befürworten 24,7 % der Befragten den Austritt Polens aus der EU.** 9,6 % der Befragten wählten die Antwort „Ich weiß nicht/Schwer zu sagen“.

Wollen die Polen den Poxexit? Sind junge Wähler unter den Euro-Enthusiasten in der Überzahl?

United Surveys by IBRIS veröffentlichte ebenfalls Umfrageergebnisse, die politische Präferenzen berücksichtigten. Die Befragten wurden nach ihrer Wahl bei den Parlamentswahlen 2023 gefragt. „Was bedeutet das? Wähler **der PiS** und **der Konfederacja** könnten nun beispielsweise die Wählerschaft der Konfederacja Korony Polskiej von Grzegorz Braun sein. Die EU-kritischen Wähler könnten einfach einen besseren Vertreter ihrer Ansichten gefunden haben – jemanden, der zwangsläufig in der Umfrage zu den Parlamentswahlen vor zwei Jahren fehlt“, so WP.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Wähler der PiS die euroskeptischste Gruppe in der Studie sind und sogar die Wähler der Konfederacja übertreffen. 47 Prozent der PiS-Wähler befürworteten den Austritt aus der EU (Poxexit), 29 Prozent antworteten mit „definitiv ja“. Jeder dritte PiS-Wähler (33 Prozent) lehnt den EU-Austritt entschieden ab.

Die Konfederacja belegte den zweiten Platz in der Zustimmung zum EU-Austritt (insgesamt 41 %). Wähler der Konfederacja wählten seltener als PiS-Wähler die Antwort „definitiv ja“ (19 %) und lehnten den Poxexit von allen Gruppen am seltensten kategorisch ab (8 % wählten „definitiv nein“).

Die Wähler der Bürgerkoalition, der Neuen Linken und des Dritten Weges sprechen sich mit 83 %, 88 % bzw. 83 % gegen einen EU-Austritt aus. Innerhalb der Bürgerkoalition und der Linken befürwortet hingegen niemand den Austritt „definitiv“.

WP berichtet außerdem, dass die größte Distanz zur Europäischen Union von Menschen im erwerbsfähigen Alter empfunden wird, die am stärksten von den Realitäten des Arbeitsmarktes und den Lebenshaltungskosten betroffen sind. Die Generation der Europa-Befürworter umfasst die 18- bis 29-Jährigen. Ganze 61 % dieser Altersgruppe lehnen einen EU-Austritt entschieden ab. Der Anteil der Poxexit-Befürworter in dieser Gruppe beträgt 13 %.

Die Euroskeptiker werden von den 30- bis 49-Jährigen dominiert. Insgesamt 38 % dieser Altersgruppe befürworteten den Austritt aus der EU (17 % entschieden ja, 21 % eher ja). Gleichzeitig ist ihre Ablehnung eines Poxexit mit 36 % am geringsten.

Die Umfrage wurde von United Surveys by IBRIS im Auftrag von Wirtualna Polska vom 5. bis 8. Dezember dieses Jahres unter Anwendung der CATI&CAWI-Methode an einer Gruppe von eintausend Personen durchgeführt.

Zsfg.: JP

<https://wiadomosci.radiozet.pl/polska/rosnie-poparcie-dla-poxexitu-nowy-sondaz-i-alarmujace-wyniki>

Putin hämmert an der Tür, aber Kosiniak kämpft gegen LGBT



Quelle: [kulturaliberalna](#)

Von **Katarzyna Skrzydlowska-Kalukin**

Das Verteidigungsministerium schlägt die Einführung einer einjährigen Probezeit für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften vor. Władysław Kosiniak-Kamysz könnte man mit einem Politiker assoziieren, der sich um die Sicherheit der Polen kümmert. Stattdessen tut er viel, um mit einem der schlimmsten Elemente der Regierungskoalition in Verbindung gebracht zu werden.

Die Haltung von Władysław Kosiniak-Kamysz zu den Gesetzesentwürfen über Abtreibung und Lebenspartnerschaften schien zunächst verständlich. Der Vorsitzende der PSL hat sich nie für diese Entwürfe ausgesprochen, er steht an der Spitze einer Partei, die zwar dem liberal-demokratischen Lager der politischen Szene angehört, aber recht konservativ ist.

Seine Meinung zu diesen Rechten entspricht daher der von der PiS oder der Konföderation, er ist gegen ihre Einführung in die polnische Gesetzgebung, aber da er Teil der Regierung und der Sejm-Mehrheit ist, diskutiert und verhandelt er. Oder, wenn man so will, blockiert er.

Diese Haltung ist seit zwei Jahren, seit Beginn der Regierungszeit und der Sejm-Koalition, unverändert. Allerdings hat die PSL in dieser Zeit so stark an Unterstützung verloren, dass sie bei einer heutigen Wahl nicht einmal die Hälfte der Wahlhürde erreichen würde und keine Chance hätte, in den Sejm einzuziehen. Eine gestern veröffentlichte Umfrage der Polska Grupa Badawcza ergab eine Unterstützung für diese Partei von 1,71 Prozent. Das ist ein Desaster.

Sind die Lebenspartnerschaften den Widerstand wert?

Kann man also weiterhin sagen, dass das Verhalten von Kosiniak-Kamysz und der PSL verständlich ist? Das Festhalten an der Blockade der Legalisierung von Abtreibungen und Lebenspartnerschaften schützt die Partei nicht vor katastrophalen Verlusten. Es bringt ihr also auch keine Wähler. Natürlich sind Umfrageergebnisse etwas anderes als Wahlen, bei denen tatsächlich entschieden werden muss, wer in den Sejm einzieht. Aber 1,71 Prozent sind so wenig, dass es einer enormen Mobilisierung an den Wahlurnen bedürfte, um die Wahlhürde zu nehmen. Vielleicht lohnt es sich also, sich mit etwas anderem als bisher zu beschäftigen, um mehr Unterstützung für sich zu gewinnen?

Zeit für einen Repertoirewechsel

Auf der rechten Seite, wo die Weltanschauung in einigen Fragen der von der PSL ähnelt, findet derzeit eine Umgestaltung statt. Die bisher monolithische PiS befindet sich aufgrund ihrer schwächelnden Führung und interner Konflikte in einer Krise, die in ihrem Ausmaß bisher beispiellos ist. Der Rückgang der PiS, auch in den Umfragen, geht mit einem Anstieg der Position der Partei von Grzegorz Braun einher. Laut einer Umfrage der Polska Grupa Badawcza liegt sie an dritter Stelle, direkt hinter der PiS und vor der Konföderation. Verschiedene Strömungen der Rechten und Konservativen drängen also erneut nach vorn.

Und die PSL singt immer noch dasselbe Lied. Das niemand mehr hören will. Denn Abtreibung und Lebenspartnerschaften sind für die Öffentlichkeit kein Thema mehr für hitzige Debatten.

Polens Politik der Angst

Auf der anderen Seite steht Polen vor großen Herausforderungen im Bereich der Sicherheit. Unabhängig davon, ob es sich um die PiS, die Bürgerkoalition, Präsident Nawrocki oder irgendjemanden anderen handelt, ist außer der Konföderation der Polnischen Krone von Grzegorz Braun keine der wichtigsten polnischen Parteien tatsächlich pro-russisch. Selbst über die Konföderation der Polnischen Krone lässt sich nur schwer sagen, inwieweit sie dies ist. Ihr Vorsitzender gibt zwar tatsächlich Äußerungen von sich, über die Putin sich zweifellos freuen würde, aber man kann kaum behaupten, dass die Sicherheit Polens für ihre Wähler nicht wichtig ist.

Es scheint, dass dies für alle wichtig ist, nur dass wir, wie schon so oft in unserer Geschichte, seine Garantie in verschiedenen Bündnissen sehen. Derzeit geht es vor allem um die Frage, ob wir uns auf die Vereinigten Staaten stützen sollten oder auf diese und ebenso stark auf die Europäische Union. Über diesen Einfluss der Angst vor dem Verlust der Souveränität auf die polnische Politik schreibt Jarosław Kuisz in seinem Buch „Angst um die Souveränität. Die neue polnische Politik“.

Stark im Handeln, nicht in der Blockade? Es lohnt sich, es zu versuchen

In dieser Situation kann man den Wählern wirklich etwas Besseres anbieten als die unerbittliche Hartnäckigkeit, mit der Lösungen für LGBT-Personen oder Abtreibungen blockiert werden. Zumal doch alle wissen, dass diese Blockade nur ein Fahnnenschwingen ist, hinter dem niemand steht. Polinnen lassen Abtreibungen vornehmen und werden damit nicht aufhören, nur weil Kosiniak-Kamysz damit nicht einverstanden ist. Und Menschen, die gleichgeschlechtliche Partnerschaften eingehen, können im Ausland heiraten, und Polen muss dies anerkennen, so hat es der EuGH entschieden.

Wir brauchen jedoch eine starke Armee, Allianzen, eine gut organisierte Zivilverteidigung und die Ausbildung der Bevölkerung für den Fall eines Angriffs. All dies liegt in der Zuständigkeit des Verteidigungsministers, Kosiniak-Kamysz.

Mehr noch, das Verteidigungsministerium organisiert verschiedene Schulungen sowohl für Reservisten als auch für Zivilisten, worüber Weronika Grzebalska kürzlich geschrieben hat. Darauf könnte der Vorsitzende der PSL seine Stärke aufbauen. Er könnte zeigen, wie viel er aufbauen und wie effektiv er blockieren kann. Angesichts der erwähnten Umfragen ist dies eine Idee. Viel schlechter kann es ja kaum noch werden, es ist einen Versuch wert.

Kontraproduktive Aufmerksamkeit

Umso mehr, als die konservative Strömung auf der liberal-demokratischen Seite kürzlich von der Bürgerkoalition neu besetzt wurde. Die Partei, die zuvor Wähler der Linken für sich gewann, indem sie ihnen Lösungen vorschlug, die in Polen nach wie vor als progressiv gelten (nämlich in Bezug auf Abtreibung und Lebenspartnerschaften), zieht sich nun auf ihre früheren konservativen Positionen zurück. Die Einwände der konservativen PSL werden damit umso unnötiger.

Ebenso könnte sich der Verteidigungsminister, der mit dem Präsidenten am wenigsten zerstritten zu sein scheint, in einer Zeit, in der der Konflikt zwischen der Regierung und dem Präsidenten die polnische Diplomatie schwächt, durch sein Engagement für die Sicherheit profilieren.

Aber er kann es einfach nicht lassen, erneut mit Lösungsvorschlägen zu Bürgerrechten auf sich aufmerksam zu machen.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2025/12/18/putin-wali-do-drzwi-a-kosiniak-walczy-z-lgbt/>

Die Russen weigern sich, das Konsulat in Danzig zu verlassen. Sie sind nun schutzlos



Quelle: [Michał Ryniak](#) / [Agencja Wyborcza](#)

Von **Angelika Pitoń**

Laut RMF FM wird die Polizei die Bewachung des russischen Konsulats in Danzig um Mitternacht einstellen. Das Außenministerium hatte die Bewohner aufgefordert, das Gebäude bis zum 23. Dezember zu verlassen, doch Russland hat bereits erklärt, keine Absicht zu haben, das Gebäude zu räumen. „Wir sehen uns vor Gericht“, erklärt Emilia Łodzińska, stellvertretende Bürgermeisterin von Danzig.

Was ist passiert?

Nach den Sabotageakten an den Gleisen Mitte November gab das Außenministerium bekannt, dass der 23. Dezember 2025 der letzte Betriebstag des russischen Konsulats in Danzig sein wird. Die russischen Diplomaten haben bis Mitternacht Zeit, das Gebäude in der Batorego-Straße 15 im Danziger Stadtteil Wrzeszcz zu räumen.

Wie das Pressebüro des Rathauses Danzig bestätigte, deutet alles darauf hin, dass der Umzug und die einvernehmliche Räumung nicht stattfinden werden. Die Stadt erhielt ein Schreiben der russischen Botschaft in Warschau, in dem diese mitteilt, dass die Russen das Gebäude in der Batorego-Straße 15 in Wrzeszcz nicht räumen werden, da sie es als ihr Eigentum betrachten.

Emilia Łodzińska, stellvertretende Bürgermeisterin von Danzig, kündigte an, dass die Stadt, sollte das Gebäude nicht bis Mitternacht geräumt sein, beim polnischen Generalstaatsanwalt einen Antrag auf Klageerhebung und rechtmäßige Beschlagnahme des Gebäudes stellen wird. Der pommersche Vizewoiwode Emil Rojek wies die Öffentlichkeit darauf hin, dass das Gebäude nach dem 23. Dezember seinen Schutzstatus verliert und das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen keine Anwendung mehr findet.

Wie das Radiportal RMF FM bestätigte, wird die pommersche Polizei die Bewachung des Beratungsgebäudes nach Mitternacht offiziell einstellen. Sie hat die Genehmigung erhalten, ihren permanenten Posten (im Sicherheitshäuschen direkt vor dem Gebäude) zu schließen. Beamte werden das Gelände regelmäßig patrouillieren, um sicherzustellen, dass keine Bedrohung oder ein Angriff auf das Gebäude oder die Diplomaten besteht.

Wie ist der Kontext?

Die Russen beanspruchen das Gebäude des Konsulats als Entschädigung für das Grundstück, auf dem sie zwischen 1718 und 1941 ihr Konsulat hatten. Das Grundstück wurde vom Dritten Reich beschlagnahmt, und beim Einmarsch der Roten Armee in Danzig wurde das Gebäude dem Erdboden gleichgemacht. Das Grundstück selbst ging nach dem Krieg als ehemaliges deutsches Eigentum in Staatsbesitz über.

Die Russen zahlen seit zwölf Jahren keine Miete mehr für ihre Villa. Laut Angaben des Rathauses von Danzig belaufen sich die Rückstände auf rund 5,5 Millionen Złoty, hinzu kommen Zinsen in Höhe von weiteren 3 Millionen Złoty. Die russischen Diplomaten verloren ihren Prozess – vor einem Jahr wurde ein rechtskräftiges Urteil gefällt, das die Russen zur Zahlung von 400.000 Złoty an rückständigen Mieten verpflichtet. Ein Gerichtsvollzieher hat sich des Falls angenommen.

„Laut Grundbuch- und Hypothekenregister ist eindeutig die Staatskasse Eigentümerin der Grundstücke in der Batorego-Straße 13 und 15. Die russischen Behauptungen, diese Grundstücke gehörten der Russischen Föderation, sind mit der Rechtslage unvereinbar und werden nicht durch entsprechende Dokumente belegt“, erklärt Emilia Łodzińska vom Danziger Büro.

Der stellvertretende Woiwode Rojek erklärte: „Bevor wir über die zukünftige Nutzung dieses Gebäudes entscheiden, müssen wir uns mit seinem technischen Zustand vertraut machen, uns über die Gegebenheiten vor Ort informieren und es auf seine Sicherheit hin überprüfen. Anschließend werden wir entscheiden, ob das Gebäude für staatliche Zwecke oder für andere Zwecke, etwa gewerblich, genutzt wird.“

Das russische Konsulat in Danzig war das letzte, das in Polen noch eröffnet war. „Mit diesem Schritt endet die physische Präsenz russischer Konsulate in Polen. Er ist eine Reaktion auf Sabotageakte, die auf Anweisung des russischen Geheimdienstes durchgeführt wurden“, erklärte Minister Radosław Sikorski.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/na-zywo/na-zywo-relacja/rosjanie-nie-chca-opuscic-konsulatu-w-gdansku-sa-bez-ochrony>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: Sławomir Kamiński / Agencja Wyborcza

„Seit zwanzig Jahren wiederhole ich, dass das, was nach dem Fall des Kommunismus zwischen uns geschehen ist, nur als Wunder bezeichnet werden kann. Die polnisch-ukrainische Aussöhnung ist vergleichbar mit der nachkriegszeitlichen deutsch-französischen Aussöhnung, die den Grundstein für die Europäische Union legte. Ich hoffe, dass unsere Aussöhnung eine Erweiterung der Union nach Osten ermöglichen wird.“

Professor Jarosław Hrycak – Leiter des Lehrstuhls für ukrainische Geschichte an der Ukrainischen Katholischen Universität in Lemberg

Quelle: https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32489622,olga-tokarczuk-nie-godzi-sie-z-narracja-ze-w-polsce-rosna-nastroje.html?utm_source=facebook.com&utm_medium=SM&utm_campaign=FB_Gazeta_Wyborcza

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

lto.de

Polens Verfassungsgerichtshof ist kein unabhängiges Gericht

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/eugh-c44823-polen-verfassungsgerichtshof-ultra-vires-kommission>

polskieradio.pl

Tusk: Milliardenhilfe verschafft Ukraine „starke Argumente“ für Verhandlungen mit Russland

<https://www.polskieradio.pl/400/7764/Artykul/3623456,tusk-milliardenhilfe-verschafft-ukraine-starke-argumente%E2%80%9C-f%C3%BCr-verhandlungen-mit-russland>

n-tv.de

Kiew und Warschau legen Streit um Wolhynien-Massaker bei

<https://www.n-tv.de/politik/Kiew-und-Warschau-legen-Streit-um-Wolhynien-Massaker-bei-id30165018.html>

faz.net

Warum das EuGH-Urteil über Polen eine Vorbildwirkung hat – FAZ

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/warum-das-eugh-urteil-ueber-polen-eine-vorbildwirkung-hat-110805506.html>

orf.at

Angriffe in Grenzregion: Polen startet Kampfjets

<https://orf.at/stories/3415213/>

fr.de

Explosion in Bergwerk: Zwei Tote bei Grubenunglück in Polen

<https://www.fr.de/panorama/explosion-im-bergwerk-zwei-tote-bei-grubenunglueck-in-polen-zr-94096188.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus